

Summe der Schulden: ca. EUR

Summe der Außenstände: ca. EUR

Verfügbares Kapital: ca. EUR

Wert des unbelasteten Inventars: ca. EUR

II. Restschuldbefreiungsantrag:

Ich beantrage die Erteilung der Restschuldbefreiung

Ich beantrage keine Restschuldbefreiung.

III. Erklärung zum Restschuldbefreiungsantrag

(nur auszufüllen, wenn ein Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt wird)

Zu meinem Restschuldbefreiungsantrag erkläre ich:

a) **dass ich einen Antrag auf Restschuldbefreiung**

bisher nicht gestellt habe. (Punkt b), c) sind nicht auszufüllen.)

bereits gestellt habe am
(Datum, Az., Gericht; Punkt b) ist auszufüllen.)

b) **dass mir Restschuldbefreiung**

erteilt wurde am
(Datum, AZ., Gericht- Punkt c) ist nicht auszufüllen.)

versagt wurde am
(Datum, AZ, Gericht - Punkt c) ist auszufüllen.)

c) **dass die Versagung der Restschuldbefreiung erfolgte auf Grund:**

rechtskräftiger Verurteilung in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist wegen einer Insolvenzstraftat zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten (§ 297 InsO).

vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der Auskunft- und Mitwirkungspflichten nach der Insolvenzordnung (§ 290 Abs. i Nr. 5 InsO).

vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtiger oder unvollständiger Angaben in der nach § 287 Abs. 1 Satz 3 InsO abzugebenden Erklärung und im Vermögens-, Gläubiger- und Forderungsverzeichnis und der Vermögensübersicht (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).

Verletzung der Erwerbsobliegenheit ab Beginn der Abtretungsfrist bis zur Beendigung des Insolvenzverfahrens (§ 290 Abs. i Nr. 7 InsO).

- einer Obliegenheitsverletzung im Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist (§ 296 InsO).
- eines erst **nach** dem Schlusstermin oder **nach** Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit bekannt gewordenen Versagungsgrundes nach § 290 Abs. i Nr. 5, 6, 7 InsO (§ 297a InsO).

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner vorstehenden Angaben. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können und dass mir Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Absatz 1 Nr. 6 InsO).

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

IV. Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 S. 1 InsO

(nur auszufüllen, wenn ein Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt wird)

Erläuterungen zur Abtretungserklärung:

Die nachfolgende Abtretung umfasst alle Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende Bezüge, also:

- jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeits- und Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene,
- Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstleistungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen,
- Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für die Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,
- Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gezahlt werden, Renten, die auf Grund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wenn diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,
- Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder der Bundesagentur für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen Erwerbsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit,
- alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehenden Bezüge.

Wenn Sie in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist eine selbständige Tätigkeit ausüben, sind Sie verpflichtet, die Insolvenzgläubiger durch Zahlungen an den gerichtlich bestellten Treuhänder so zu stellen, wie wenn Sie ein angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wären (§ 295 a Abs. 1 InsO).

Abtretungserklärung

Für den Fall der gerichtlichen Bestimmung eines Treuhänders (§ 288 S. 2 InsO) trete ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Dauer der Abtretungsfrist nach § 287 Abs. 2 InsO an den Treuhänder ab.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Aktenzeichen des Amtsgerichts Augsburg:
(falls bereits bekannt)

Erklärung zur Entbindung von der Schweigepflicht

Ich, _____,
(Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Adresse)

entbinde in dem Insolvenzverfahren betreffend meines Vermögens

das zuständige Finanzamt

.....

vom Steuergeheimnis und ermächtige dieses, Auskünfte an das Insolvenzgericht und an die von diesem beauftragten Personen zu erteilen.

hiermit den Steuerberater

.....

von seiner beruflichen Schweigepflicht und ermächtige ihn, Auskünfte an das Insolvenzgericht und an die von diesem beauftragten Personen zu erteilen.

folgende Bank (en) / Sparkasse (n) vom Bankgeheimnis und ermächtige sie, Auskünfte an das Insolvenzgericht und an die von diesem beauftragten Personen zu erteilen:

Name, Anschrift:

.....
.....
.....

Ich ermächtige hiermit:

.....

Auskünfte an das Insolvenzgericht und an die von diesem beauftragten Personen zu erteilen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Sozialversicherungsträger (AOK, IKK, etc.) Name, Anschrift	
Es bestehen Rückstände von Sozialversicherungsbeiträgen	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, in Höhe von ca.
Es bestehen betriebliche Ruhegeld-(Pensions-)Zusagen	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, im Umfang von ca.
Es besteht ein Betriebsrat	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Name und Anschrift des Vorsitzenden
Eine kaufmännische Buchhaltung ist eingerichtet	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Betriebswirtschaftliche Auswertungen wurden erstellt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar zuletzt für den Monat <input type="checkbox"/>
Die letzte Bilanz wurde erstellt zum	
Die Buchhaltungsunterlagen werden aufbewahrt	<input type="checkbox"/> in den Geschäftsräumen <input type="checkbox"/> andernorts, und zwar
Es bestehen Buchführungsrückstände:	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, seit

B. Insolvenzgrund

Insolvenzgrund liegt vor	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja und zwar in Form von <input type="checkbox"/> Zahlungsunfähigkeit <input type="checkbox"/> Überschuldung (nur bei juristischen Personen) <input type="checkbox"/> Drohender Zahlungsunfähigkeit
Zahlungen wurden eingestellt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am
Die Vermögensauskunft wurde abgegeben	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar (Datum, Gerichtsvollzieher, Geschäftszeichen des Gerichtsvollziehers)
Es wurden bereits erfolglose Pfändungsversuche bzw. sonstige Zwangsvollstreckungsmaßnahmen unternommen	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar (Datum, Gerichtsvollzieher und Geschäftszeichen des Gerichtsvollziehers) <input type="checkbox"/> Sonstige Zwangsvollstreckungsmaßnahmen (Forderungspfändung, Zwangssicherungshypothek)

C. Vermögenslage des Schuldners		
Aktiva		
Grundbesitz (Grundstück, Wohnungseigentum, Erbbaurecht, etc.)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar Lage, Grundbuchstelle: Verkehrswert: Belastungen: Eigentumsverhältnis: Zwangsversteigerung/Zwangsverwaltung ist angeordnet <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja (Gericht, Geschäftszeichen)	
Sonstige Vermögenswerte	Verkehrswert	Belastungen (Pfandrechte, Sicherungsübereignung, Eigentumsvorbehalt) Berechtigter und Höhe der gesicherten Forderung
Technische Anlagen, Maschinen, Werkzeuge		
Kraftfahrzeuge		
Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Warenvorräte, Rohstoffe, unfertige Erzeugnisse		
Beteiligungen an Gesellschaften		
Ansprüche aus Pacht, Miete		
Rechte an Grundstücken (Grundschulden, Dienstbarkeiten, etc.)		
Ansprüche aus Lieferung und Leistung		
Darlehensforderungen		
Geleistete Anzahlungen		
Ansprüche aus Erfindungen, Lizenzen, Urheberrechten		
Weitere Vermögenswerte (Wertpapiere, Kunstgegenstände, Sammlungen, etc.)		
Bargeld	EUR	
Bankverbindungen: Institut, Anschrift:	Konto-Nr.:	Kontostand:

Lebensversicherungen: Versicherungsgesellschaft	Versicherungsnummer:	Rückkaufswert:
Welche dieser Versicherungen sind (an wen) abgetreten?		
Summe der frei von Rechten Dritter bestehenden Vermögenswerte		
Es besteht ein Arbeitsverhältnis	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar mit (genaue Bezeichnung und Anschrift) monatliches Nettoeinkommen:	
Ansprüche auf Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Krankengeld) Höhe und Leistungsträger		
Renten und sonstige Sozialleistungen		
Passiva		
Gesamtsumme der bestehenden Verbindlichkeiten	EUR	
Die Verbindlichkeiten stammen überwiegend aus einer früheren Selbständigkeit	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	

In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen Versicherung an Eides Statt, versichere ich an Eides Statt, dass ich die Auskünfte in dem vorstehenden Fragebogen und in den beigefügten Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig erteilt habe.

Wer vor einer zur Abnahme der Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Auch die fahrlässig falsche eidesstattliche Versicherung ist strafbar.

Soweit es für die Zwecke des vorliegenden Verfahrens erforderlich ist, befreie ich alle Personen und Stellen, die aufgrund ihrer amtlichen oder beruflichen Stellung Auskunft über die schuldnerischen Vermögensverhältnisse geben können, von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber dem Insolvenzgericht und einem von ihm bestellten Sachverständigen oder vorläufigen Insolvenzverwalter. Dies gilt insbesondere für Banken und Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Anlage: Schuldnerverzeichnis (Ihre Forderungen)

Lfd. Nr.	Name und genaue Anschrift des Schuldners	Forderungsgrund	Höhe der Forderung	Abgetretener oder gepfändeter Betrag

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)

Anlage: Gläubigerverzeichnis (Ihre Verbindlichkeiten)

Lfd. Nr.	Name und genaue Anschrift des Gläubigers	Forderungsgrund	Höhe der Verbindlichkeit	Durch Sonderrechte* gesichert

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)